

Carmen Wegge, Bundesvorsitzende der SPD Frauen

„Wir wollen ein modernes Arbeitszeitgesetz, dass die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessert. Die von den Arbeitgebern gewünschte vollständige Entgrenzung der Arbeitszeit lehnen wir ab – sie wäre ein gleichstellungspolitischer Rückschritt. Stattdessen brauchen wir eine Flexibilisierung der Arbeitszeit die nur innerhalb der Schutzstandards von Tarifverträgen vereinbart werden kann und eine vollständige elektronische Erfassung der Arbeitszeit. Die Zukunft der Arbeit ist weiblich, dafür müssen wir jetzt die richtigen Weichen stellen.“

Ulrike Häfner, Bundesvorsitzende der SPD Frauen

„Wochenhöchst Arbeitszeiten dürfen nicht dazu führen, dass Väter noch länger im Betrieb gebunden sind und Mütter weiter in der Teilzeitfalle feststecken. Wer flexibel arbeitet und zum Beispiel eine 4-Tage-Woche oder wöchentliche Spitzen abfedert, muss im Gegenzug ein starkes ‚Recht auf partnerschaftliche Arbeitszeitverteilung‘ bekommen und darf nicht dem Willen des Arbeitgebers ohne Widerspruchsmöglichkeiten ausgesetzt sein. Veränderte Rahmenbedingungen müssen zu mehr Gleichstellung beitragen und eine Chance sein, Berufstätigkeit und Care-Arbeit künftig besser zu vereinbaren. Wir unterstützen Bärbel Bas darin, ein Arbeitszeitgesetz vorzulegen, das diesem Anspruch gerecht wird.“

Cansel Kiziltepe, Bundesvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft für Arbeit

„Schon jetzt machen Millionen Beschäftigte in Deutschland Überstunden – oft sogar unbezahlt. Statt einer Entgrenzung der Arbeit braucht es Regeln, die den Anforderungen des heutigen Alltags gerecht werden. Aufgabe der Politik ist es dabei, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu schützen. Eine neue Arbeitszeitregelung darf es nur mit starken Tarifverträgen, vollständiger Arbeitszeiterfassung und verbindlicher Mitbestimmung geben. Eine pauschale Abschaffung des 8-Stunden-Tages wird unsere Arbeitsgemeinschaft deshalb nicht mittragen!“

Lothar Binding, Bundesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft 60+ der SPD

„Die Lebenserfahrung in der AG SPD 60 plus umfasst folgende Erkenntnis: Fast alles, insbesondere auch Geld, kann wiederbeschafft werden, verlebte oder erlebte Lebens- und Arbeitszeit ist unwiederbringlich verloren. Die Einmaligkeit der Zeit macht ihren unschätzbaren Wert aus. Subjektiv wird die Ressource Zeit mit jeder Sekunde knapper – der Preis, wir sagen Lohn, müsste stetig steigen. Diese Verknappung wird mit jedem weiteren qualifizierten Subjekt auf dem Arbeitsmarkt relativiert, sodass Arbeitgeber stets nur so viel Lohn bezahlen, wie es fehlende Solidarität und (gewerkschaftliche) Organisation erlauben. Deshalb braucht es klare gesetzliche Regelungen, Ordnungspolitik auf dem Arbeitsmarkt und Schutz der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer vor Ausbeutung“

Philipp Türmer, Bundesvorsitzender der Jusos

„Mehr als ein Drittel der Beschäftigten fühlt sich ständig oder oft gestresst. 4,7 Millionen Krankheitstage durch Burnout jährlich. An jeder Ecke sehen wir, wie Menschen sich im Job, in der Familie und in der Sorge für andere aufreiben und dabei immer erschöpfter werden. Diese Erschöpfung ist politisch und sie trifft Frauen und Familien am härtesten. Doch statt als Politik die Situation der Menschen in diesem Land zu verbessern, entsteht bei ganz vielen Menschen eher der gegenteilige Eindruck, dass Politik gegen sie gemacht wird.

Bei der Arbeitszeitfrage ist es genauso: Eine wöchentliche Höchstarbeitszeit statt der täglichen Grenze öffnet Tür und Tor für Erschöpfung, Krankheit und Unfälle bei geringerer Produktivität, gerade in körperlich anstrengenden Berufen. Eine völlige Abkehr vom 8-Stunden-Tag wäre ein historischer Fehler mit fatalen Folgen für Millionen Menschen, die tagtäglich diesen Laden am Laufen halten. Ein modernes Arbeitszeitrecht muss deshalb von der Erschöpfung der Menschen aus gedacht werden, nicht von den Interessen einzelner Arbeitgeber. Ein gesundes Leben darf keine Klassenfrage sein.“